

militaristischen Obrigkeitsstaat gegentibergestellt sieht, in der die gleichen anti-nationalen und volksfeindlichen Kräfte des Monopolkapitals und Militarismus herrschen, die unser Volk in dreißig Jahren zweimal in imperialistische Kriege stürzten, so liegt das daran, daß die Lehren aus der Vergangenheit nicht gezogen wurden. Dafür tragen die rechten Führer des SPD-Parteivorstandes und des DGB die Verantwortung. Statt die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden, hetzten sie gegen die im Interesse der Arbeiterklasse durchgeführten Maßnahmen in der Deutschen Demokratischen Republik und lehnten das gemeinsame Handeln der Werktätigen ganz Deutschlands ab. Statt die Entmachtung der Monopole durchzusetzen und der demokratischen Entscheidung der Bevölkerung in Hessen Rechnung zu tragen und die Großbetriebe in die Hände des Volkes zu nehmen, traten sie von sich aus für die Bildung von Unternehmerorganisationen ein, weil —* wie sie sagten — die Gewerkschaften einen Verhandlungspartner benötigten. Statt Staatsapparat und Wirtschaft zu demokratisieren und die aktiven Nazis daraus zu entfernen, sahen diese Führer in den Kommunisten ihren Hauptfeind. Statt eine klare Frontstellung gegen die aggressiven Pläne der westlichen Besatzungsmächte zu beziehen, betrieben sie Hetze gegen die Sowjetunion, die erste sozialistische Großmacht. Das und noch vieles andere lähmte die Kampfkraft der Arbeiterklasse und führte zur Zersplitterung der demokratischen Kräfte in Westdeutschland. Während die Arbeiter schufteten und die Betriebe wieder in Gang setzten, krochen die Monopolherren, aktiven Nazis und Hitlergenerale aus ihren Mauselöchern hervor und besetzten mit Hilfe der herrschenden Kreise der USA leitende Funktionen im Staatsapparat, in der Wirtschaft und im Kulturleben. An Hand ihrer eigenen Erfahrungen erkennen die westdeutschen Arbeiter, Gewerkschafter und Sozialdemokraten immer klarer, daß der Bonner Staat ein Staat des Monopolkapitals, ein Machtinstrument in den Händen der Militaristen und Revanchepolitiker gegen die Interessen der Bevölkerung ist. Heute ist es schon wieder soweit gekommen, daß zwölf Monopolgesellschaften und die drei alten Großbanken den beherrschenden Einfluß in Westdeutschland ausüben und unser Volk erneut auf den Weg des Krieges zerren wollen.

Es steht jedoch außer Zweifel, daß die Mehrheit der Bevölkerung und erst recht die Arbeiterklasse in Westdeutschland am Frieden interessiert sind. Die Idee der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands, das Streben nach Demokratie und sozialem Fortschritt sind lebendiger denn je. Breite Kreise der Arbeiterschaft und insbesondere die Arbeiterjugend und andere Bevölkerungsschichten setzen ihren Widerstand gegen die Militarisierungspolitik Adenauers und der westdeutschen Imperialisten fort. Gerade jetzt gilt es, die großen Möglichkeiten zu nutzen und eine breite Volksbewegung für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands durch den zähen Kampf zur Verhinderung der Pariser Verträge zu organisieren. Dabei wollen wir den Arbeitern, den Gewerkschaftern, sozialdemokratischen Mitgliedern und allen demokratischen Volkskreisen in Westdeutschland helfen und ihnen zugleich unsere Erfahrungen des gemeinsamen Kampfes um die gemeinsamen Interessen vermitteln. In diesem Sinne hat das Aktionsprogramm der KPD vom 11. Juni 1945 große aktuelle Bedeutung.